



Erklärung zum Thema Neofaschismus in der Region Aachen-Düren und das unerträgliche Verhalten der Strafverfolgungsbehörden

Polizei und Justiz als Kumpane des Neonazismus

Es ist an der Zeit, die Öffentlichkeit auf das erneute Zusammenspiel von Neofaschisten aus der Region Aachen einerseits und Polizei und Staatsanwaltschaft andererseits hinzuweisen, weil diese Kumpanei gefährlich und skandalös ist.

Antifaschistinnen und Antifaschisten der Region haben am 17. Mai 2003 bekannte und führende Neonazis der Region der Öffentlichkeit vorgestellt. Während einer Busrundfahrt wiesen sie darauf hin, dass die Neonazis weitgehend ungestört ihre verbrecherische Propaganda verbreiten, Jugendliche und Ausländerinnen und Ausländer einschüchtern usw. Die Antifaschistinnen und Antifaschisten reagierten damit auf die jahrelange Untätigkeit der Strafverfolgungsbehörden gegenüber dem Neofaschismus in der Region.

Am Vorabend der Fahrt hatten Neonazis, die sich „Kameradschaft Aachener Land“ nennen, ein Jugendkonzert in Stolberg mit Reizgas und Ketten stören wollen. Die Polizei reagierte spät und nur die Besonnenheit der Veranstalter verhinderte weitergehende Tätlichkeiten. Vorher hatten die Neonazis anonym kleine Zettel in Stolberg verteilt, auf denen der 8. Mai 1945 als „Niederlage“ bezeichnet wurde. Neben einer Darstellung aus dem „Stürmer“, einer Karikatur eines Juden, wurde der Zweite Weltkrieg „unabwendbar“ genannt, von „Verrätern und Scharlatanen“ ist die Rede.

Die Nazis fühlen sich selbstverständlich durch das Eingreifen der AntifaschistInnen gestört. Für ihre Umtriebe brauchen die Nazis ein ruhiges Hinterland, im direkten Umfeld wollen sie unerkannt bleiben, um ungestörter für ihre Nazikameradschaft arbeiten zu können. Die Nazis haben deshalb Anzeige gegen einen Vertreter der Eschweiler Bürgerinitiative Gemeinsam gegen Neonazis und weiterhin gegen „unbekannt“ gestellt. Sie fühlen sich beleidigt, weil sie Nazis genannt wurden. Ein Witz.

Und doch ermittelt die Staatsanwaltschaft Aachen vermissen. Obwohl fest steht, dass der Eschweiler Antifaschist an der Fahrt gar nicht teilnahm, wurde seine Wohnung durchsucht. Von ihm wurden Fotos gemacht, die die Polizei ausgerechnet den Neonazis vorlegen will. Ähnliches geschah dem Geschäftsführer des

PDS-Büros im Kreistag Aachen. Auch er, der angeblich den Bus bestellt haben soll, wird zum Fototermin vorgeladen mit dem „Versprechen“, dass diese Fotos den Nazis vorgelegt werden.

Hier wird deutlich eine Grenze zur Kumpanei überschritten, hier ist die Grenze zur Beihilfe zu Straftaten durch Behörden erreicht.

Die Nazis betreiben auf ihren Internetseiten permanente Hetze und Drohungen gegenüber Andersdenkende. Sie führen Todeslisten und geben Schriften heraus, auf denen ihre Gegner beschrieben und bedroht werden. Sie nennen diese Arbeit „Anti-Antifa“. Daran will sich jetzt die Staatsanwaltschaft Aachen beteiligen. Sie greift gegen Links ohne Zögern und gegen jede Verhältnismäßigkeit zu stärksten Mitteln (Hausdurchsuchungen, zwangsweise Vorführen und Fotografieren) und gegenüber den Neonazis ist und bleibt sie blind. Bis heute ist es der Staatsanwaltschaft Aachen nicht gelungen, die Aktivisten der Kameradschaft zu belangen, obwohl die Herren sich mit Hitler-Gruß im Internet präsentieren. Den bekanntesten NPD-Aktivisten Schlee schont sie, indem sie so schlampig ermittelt, dass der Betroffene mangels Beweisen freikommt. Ein Neonazi, der der Jüdischen Gemeinde mit der Verschickung von Milzbrandregern droht, kann ungeschoren nach Hause gehen, weil das Material angeblich nicht ausreichend. Ein mehrfach vorbestrafter Nazi, der ehemalige FAP-Vorsitzende Busse, darf in Stolberg öffentlich auftreten und referieren, obwohl es mehrere andere Städte gibt, wo er Rede- und Auftrittsverbot hat, weil er immer gegen bestehende Gesetze verstößt, sobald er redet. Die Polizei schützt die Veranstaltungen der NPD in Stolberg gegen Proteste. So wie sie bisher jede noch so krude Aktivität der Neonazis („Die Rechten gegen das Schächten“) vor Protesten schützte.

Die Öffentlichkeit wird systematisch belogen. Fernsehdeutschland weiß mittlerweile, dass in der NPD jeder Siebte ein Verfassungsschutzagent ist. „Kameradschaft Aachener Land“ und NPD arbeiten nach eigenen Angaben eng zusammen und sind teildentisch. Wie viele Mitglieder der „Kameradschaft“ arbeiten also für den Staat? Die Gruppe besteht

aus einem harten Kern von 15 bis 20 Leuten. Zwei bis drei davon begehen ihre Delikte und bekommen vom Staat dafür Geld. Der Staat aber weiß von nichts. Er wird angeblich nicht vor Straftaten gewarnt, die er verhindern könnte und er muss die Täter ungeschoren lassen, weil ein erneuter Spitzelvorfall in der Öffentlichkeit seit dem Reinfall des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht kaum noch toleriert würde. Wer soll den Behörden noch glauben?

Gleichzeitig tut die Staatsanwaltschaft das, was sie am besten kann und wofür sie ausgebildet wurde: der Kampf gegen Links. Wehe dem Antifaschisten, der eine Demonstration anmeldet, bei der einige Teilnehmer nicht nur die genehmigte rechte Fahrspur, sondern vorübergehend auch die linke Fahrspur benutzen. Durch zwei Instanzen wird der junge Mensch verfolgt und die Verurteilung zu einer Geldstrafe ist dem Vertreter der Staatsanwaltschaft immer noch nicht genug.

Die Staatsanwaltschaft Aachen ist bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ein Teil des Problems und nicht ein Teil der Lösung. Die Teile der Staatsanwaltschaft Aachen, die für politische Straftaten in den letzten Jahren zuständig waren, sollten dringend umbesetzt werden in solche Abteilungen, in denen der Korpsgeist des Kalten Kriegs der 50er Jahre weniger Schaden für die Demokratie anrichtet.

Wir rufen zur Solidarität mit den Antifaschistinnen und Antifaschisten im Kampf gegen Naziterror und staatlicher Repression auf. Wir fordern die Öffentlichkeit auf, sich aktiv an den Auseinandersetzungen mit dem Neofaschismus in der Region zu beteiligen. Wir erwarten von denen, die in Parlamenten und Verwaltungen Verantwortung tragen, dass sie endlich die Hände aus den Hosentaschen nehmen. Die Bekämpfung des Neofaschismus ist eine gesellschaftliche Aufgabe, keine der Polizei und keine von Linken allein. Lassen Sie keine weitere Verharmlosung zu. Kämpfen Sie für jeden Zentimeter demokratischer Freiheiten. Sind oder bleiben Sie unduldsam gegenüber dem Neofaschismus. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, Antifaprojekt an Aachener Hochschulen, Antifa Aachen S.P.U.N.K, Antifa Düren, SDAJ-Düren, Büro der PDS im Kreistag Aachen, Jugendantifa Sxe Stolberg und Einzelpersonen

Ausführungen von Jupp Angenfort, Landessprecher der VVN-BdA NRW, bei der Verabschiedung der Castroper Erklärung und bei der Gründung eines sozialen Bündnisses der Gewerkschaft Ver.di und anderer demokratischer Kräfte

Die Jahre um 1933 mahnen: Sozial- und Demokratieabbau helfen den Nazis

Es gibt, was den Abbau sozialer Errungenschaften anbetrifft, wie er z. B. in der Agenda 2010 der Regierung Schröder vorgesehen ist, geschichtliche Erfahrungen. Die Älteren unter uns haben noch die Politik mit den Notverordnungen erlebt, die im Jahre 1930 die damalige Regierung Brüning durchgeführt hat. Die Begründung war damals, die Staatsfinanzen müssten in Ordnung gebracht, die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Mit dieser Argumentation wurde Sozialabbau betrieben. Brüning folgte den Forderungen, welche die Großindustrie in einer Denkschrift erhoben hatte. U. a. wurde das Arbeitslosengeld gekürzt, die Altersversorgung verschlechtert, die materielle Belastung der Masse der Bevölkerung erhöht.

Die Folge war, daß die Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung sank, die Arbeitslosigkeit wurde nicht abgebaut, sie stieg weiter. Die soziale Not wuchs. Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung griffen um sich. Nutznießer war die NSDAP, die Nazipartei, die hemmungslos soziale Demagogie betrieb. Ihr Einfluss wuchs.

Häufig treffen wir auf das Argument, dass heute eine ähnliche Entwicklung nicht zu befürchten sei. Die NPD und andere neonazistische Organisationen

schnitten bei Wahlen schlecht ab. Ich glaube das Argument ist oberflächlich.

Die Nazipartei war noch 1928, nach heutigen Begriffen, eine Splitterpartei. Sie hatte ganze sechs Mandate im Reichstag. Vier Jahre später, bei den Reichstagswahlen vom 1. Juni 1932 erhielt sie schon 162 Abgeordnetensitze. Die soziale Not hatte den Nährboden für ihre Demagogie bereitet.

Ich finde, diese geschichtliche Erfahrung muss uns beunruhigen. Weil wir nicht wollen, dass bei uns der Nährboden für soziale Demagogie der Neonazis wächst, unterstützen wir die Forderungen, die in der Castroper Erklärung der Gewerkschaft Ver.di enthalten sind. Die Landesorganisation NRW der VVN-BdA, zahlreiche weitere Organisationen und Persönlichkeiten haben zugestimmt. Von ihren antifaschistischen Erfahrungen her tritt die VVN-BdA für die sozialen Menschenrechte ein. Ohne sie können die demokratischen Rechte nicht genutzt werden. Auch wir fordern: Bewährte Schutzrechte wie beispielsweise das Kündigungsschutzrecht dürfen nicht verwässert werden. Arbeitslose und Schwache dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Das heißt, Ar-

beitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe dürfen nicht noch weiter gekürzt werden. Die Gesundheitskosten dürfen nicht steigen.

Ich möchte noch auf eine weitere Erfahrung hinweisen. In der Verfassung unseres Landes Nordrhein-Westfalen heißt es in Artikel 24: „Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat den Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.“

Im Kommentar zur Verfassung heißt es, die Bedeutung dieses Artikels liege darin, dass er die Grundkonzeption einer Wirtschafts- und Sozialordnung enthalte, dass er programmatische Weisungen an den Gesetzgeber gebe. Gäbe es Interessenkonflikte, so sei die Arbeitskraft als das höhere Gut anzusehen.

Nach diesem Verfassungsgrundsatz muss gehandelt werden. Deswegen sollten wir die Bestrebung, ein breites Bündnis für eine soziale Bewegung zu schaffen, unterstützen und an der Basis für ihre Ziele aktiv werden. Auf Landesebene wirkt die VVN-BdA im Bündnis, das von Ver.di geschaffen wurde, mit. Auf Kreis- und Ortsebene soll es ähnlich geschehen.

An die VVN-Mitglieder und -Freunde in Nordrhein-Westfalen

Liebe Freundinnen und Freunde!

Im Zentrum unserer Aktivitäten in den nächsten Monaten wird unser Wirken in und für Bündnisse gegen Rechts und gegen Sozialabbau, für Frieden und Abbrüstung stehen. Und zweitens geht es darum: Zum letzten Mal wird in unserem Bundesland die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ zu sehen sein. Sie wird uns sehr beschäftigen.

Die Gewerkschaft Ver.di hat uns in ihr Bündnis gegen den Sozialabbau auf der Grundlage einer „Castroper Erklärung“ eingeladen, und erste Gespräche fanden statt. Auch auf Kreisebene sollen diese Bündnisse entstehen. (Siehe dazu obige Ausführungen von Jupp Angenfort.)

Zur Begleitung der inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Wehrmachtausstellung bittet uns das Bündnis Dortmund gegen Rechts auch um Mithilfe bei der Vorbereitungen für Großdemonstrationen, denn sogenannte „freie regionale Nationalisten“ haben für den 20. September und 25. Oktober Aufmärsche, sowie für die

übrigen Wochenenden Kundgebungen gegen die Wehrmachtausstellung angekündigt. Die Dortmunder VVN-BdA hat sich mit der Bochumer VVN-BdA beraten, und gemeinsam wollen sie Vorschläge unterbreiten, wie wir im Lande – im ganzen Land – eine politische Bewegung gegen die Naziaufmärsche auf die Beine stellen, auch dies wiederum im breiten Bündnis. Zudem wollen wir nach unserem wirkungsvollen und erfolgreichen Eingreifen zu Pfingsten in Bayern, wo wir gegen das größte deutsche Soldatentreffen wirksam wurden und mit einer internationalen Veranstaltung für die Entschädigung der Opfer der Wehrmachtsverbrechen und die Bestrafung der Täter eintraten, die Forderungen von Mittenwald auch nach Dortmund tragen. Die Dortmunder Kameradinnen und Kameraden schlugen vor, anlässlich der Wehrmachtausstellung nicht nur gegen die Neonazis zu demonstrieren, sondern auch für die Bestrafung der Täter, wobei der Dortmunder Schwerpunktstaatsanwaltschaft gegen NS-Verbrechen

eine besondere Bedeutung zukommt, die wir unterstreichen wollen.

Die notwendigen Aufgaben zu lösen, das erfordert viel Arbeit – aber auch Geld. Die Mittenwald-Aktion und andere Aktivitäten, zu denen wir Info-Materialien druckten, haben unsere Kasse sehr beansprucht. Wenn wir nicht zahlungsunfähig werden wollen, müssen wir Euch bitten: Überweist Eure Beiträge an Bund und Land aus den Kreisen pünktlich, und ferner: Unterstützt uns als Mitglieder wie als Gruppen mit Sonderspenden: Postbank Essen Kto VVN-BdA NRW 282 12-435, BLZ 360 100 43.

Wir danken der Geburtstagsgemeinschaft anlässlich des 80. Geburtstages unseres lieben Kameraden Werner Blumenthal aus Herne, dem wir alles Gute und viel Gesundheit wünschen, für die Sammlung zu Gunsten der VVN-BdA. 250 Euro wurden an die Landeskasse überwiesen. Weiter so!

**Jupp Angenfort
Ulli Sander
Jochen Vogler**

Eindrucksvolle Kundgebung zum 10. Jahrestag des Solinger Mordanschlages

Die Rolle des Sündenbocks als Quelle von Haß und Gewalt

Sehr zufrieden zeigten sich die Initiatoren und Initiatorinnen der würdigen, friedlichen, konsequent antirassistischen und antifaschistischen Kundgebung und Demonstration zum zehnten Jahrestag des Brandanschlags in Solingen. „Es sind doppelt so viele gekommen, wie wir erwartet haben“, freute sich Mitorganisator Frank Knoche vom Solinger Appell über die mehr als tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Dass ein so breites Bündnis von 29 Organisationen und weiteren Einzelpersonlichkeiten zustande kam, hatten die Initiatoren, vor einem halben Jahr – als die Vorbereitungen des Jahrestag begannen – nicht zu hoffen gewagt.

Der unerwartet große Zuspruch unterstreicht nach Meinung der Veranstalter das Bedürfnis und die erkannte Notwendigkeit, gerade jetzt und angesichts der vor uns stehenden Auseinandersetzungen – gegen die rassistische Regelung der Einbürgerung sowie den Abbau der sozialen Sicherungssysteme – gemeinsam aktiv zu werden. „Der Aufstand der Anständigen muß weitergehen, notfalls auch gegen die Zuständigen“, forderte der Vertreter des Flüchtlingsrates NRW Stefan Keßler auf einer Zwischenkundgebung vor dem Grundstück, an dem am 29. Mai 1993 eines der schwersten rassistischen Verbrechen der deutschen Nachkriegsgeschichte begangen wurde. Hauptredner Peter Gingold, ein Überlebender des Widerstandes und des Holocaust, Bundessprecher der VVN/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, appellierte vor allem an die jungen Menschen, „die nicht vergessen haben in welchem Land sie leben“. Es wäre für die Überlebenden des Holocaust „eine Sache der hoffnungslosen Verzweiflung, wenn wir nicht immer wieder – wie heute auf dieser hoffnungsvollen Kundgebung – erleben würden, dass sich ge-

rade junge Menschen engagiert und mutig sich den Nazis in den Weg stellen und ihnen keinen Fußbreit Boden überlassen“ würden. Gingolds Erfahrung sei, dass am Anfang Einschüchterung und Gewalt, am Ende Totschlagen und Massenmord stehe. Deshalb sei „Rassismus und Antisemitismus keine Meinung, der Freiheit zugestanden werden darf, sondern ein Verbrechen, das bekämpft werden muß“.

Özgür Demirel von der Föderation der demokratischen Arbeitervereine DIF wandte sich vorwiegend gegen die Spaltung der Gesellschaft in Deutsche und Ausländer. Er wies darauf hin, dass „je mehr Politiker und Medien Ausländer als Sündenböcke für Alles darstellten, sich Haß und Angst in der Gesellschaft entwickeln“ würden. In gegen den Sozialabbau kämpfenden Gewerkschaften sah Demirel eine gemeinsame Basis „um für die gemeinsamen Interessen von Deutschen und Ausländern zu kämpfen“.

Chronik rassistischer Verbrechen – Chronik staatlichen Versagens

Während der gesamten Demonstration trugen Antifaschisten aus Wuppertal, Leverkusen, Bonn und Solingen eine Chronik der rassistischen und faschistischen Übergriffe sowie des Widerstandes dagegen, vom Tag der faktischen Abschaffung des Asylrechtes (23. 5. 1993) bis heute vor. Der eindrucksvollste Moment der Demonstration war jedoch die „Gedenk- und Trauermminute für alle Opfer des Faschismus und Rassismus und insbesondere des Brandanschlags von Solingen“ am damaligen Tatort. Die Demonstrationsleitung hatte alle gebeten, „einfach als Mensch hier zu stehen, alle Fahnen und Transparente herunter zu nehmen und schweigend zu gedenken“. Danach rezitierte Mehmet Yildiz vom Türkischen Volksverein Solingen und Umgebung sein Gedicht „Die toten Kinder träumen“ in

türkischer und deutscher Sprache. In diesem Gedicht heißt es u.a.:

„...Ihr Solinger: Uns wird zum zehnten mal gedacht.
Es ist eigentlich nicht unsere Art, das zu sagen,
aber es erscheint uns so,
als würde uns ein letztes Mal gedacht.

Unser Appell an euch:
Eure Weltanschauung und eure privaten Angelegenheiten dürfen nicht dazu führen,
dass Kinder getötet werden.
Wir werden Staub, vermischen uns – und werden eins mit der Erde.
Wir werden Wasser und fließen in die Ozeane...“

Ein Vertreter von „kanak attack“ forderte in seiner engagierten Rede „die automatische Einbürgerung auch für Leute die keine Papiere haben“. Er kritisierte „die deutschen Linken“ wegen ihrer mangelnden Unterstützung im Kampf um gleiche Rechte für Alle und erklärte selbstbewußt: „Wir werden hier bleiben, wir leben hier und sind keine Ausländer. Wir sind Inländer und sprechen die Sprache, die wir wollen.“

Am Ende der Demonstration stand ein Beiträge der Antifa Wuppertal über die unsägliche Rolle des Verfassungsschutzes, dessen dubiose Rolle im Zusammenhang mit dem Solinger Brandanschlag bis heute nicht aufgeklärt wurde und dessen Versagen im NPD-Verbotsprozess deutlich macht, dass er im Kampf gegen den Rechtsextremismus völlig versagt hat. Die „Auflösung aller Organe des sogenannten Staats- und Verfassungsschutz“ war einer der zentralen und umstrittensten Forderungen des Bündnisaufrufes. Die Diskussion ob dieser Verfassungsschutz reformierbar sei oder ersatzlos abgeschafft gehört, hat jedoch nicht zuletzt durch den Aufruf zum 10. Jahrestag des Solinger Brandanschlags neue Aktualität erhalten.

(Aus einer Pressemitteilung des Solinger Appells)

Termine vormerken

Veranstaltungen im Rahmen der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“

Freitag, 26. September 2003, 19 Uhr

„Das Verbrechen von Kefalonia“

Das Massaker der 1. Wehrmachtsgebirgsdivision an italienischen Kriegsgefangenen
Filmvorführung mit dem Autor des „Kefalonia“-TV-Films Hans Rüdiger Minow

Veranstalter: VVN-BdA Kreisvereinigung Dortmund, Veranstaltungsort: Auslandsgesellschaft Steinstraße, Nähe Gedenkstätte Steinwache und Ausgang Nord des Dortmunder Hbf.

Dienstag, 30. September 2003, 19 Uhr

„Die deutschen Gebirgsjäger und ihre Kriegsverbrechen in Griechenland“

„Geiselnahme und -tötung war rechtsens“ befand die Justiz in der Adenauer-Ära.

Über 200 Ortschaften wurden von SS und Wehrmacht in Griechenland zerstört und ihre Einwohner ermordet. Von den Tätern aus der Wehrmacht wurde niemand belangt.

Einleitung: Prof. Ludwig Elm, Jena.

Veranstalter: VVN-BdA in Zusammenarbeit mit der Gemeinde der Griechen (VVN-Kreisvereinigung Dortmund, PF 321, 44383 Dortmund, vvn-bdanrw@freenet.de)

Ort: Gemeinde der Griechen in Dortmund, Heroldstr. 13, 44145 Dortmund (Nähe Münsterstraße)

11. Oktober 2003, Abfahrt 14 Uhr am Busbahnhof Dortmund

Die VVN-BdA hilft mit, dass am 11.

Oktober 2003, Abfahrt 14 Uhr am Busbahnhof Dortmund, eine

Exkursion nach Hemer ins Stalag VIA

zustande kommt. Herr Stadtarchivar Eberhard Thomas wird uns führen – und zwar zur Gedenkstätte und Ausstellung Blücherkaserne und zum Friedhof Duloh, wo über 20.000 sowjetische Kriegsgefangene bestattet sind. Das Friedensforum Dortmund, Herbert Reker, sind die Veranstalter.

9. Oktober 2003, 20 Uhr

Plan „Großes Heer“, Kommissarbefehl, Himmeroder Denkschrift

Untertitel:

Was blieb vom Primat der Politik?

Die Verbrechen der Wehrmacht wurden früh geplant und lange Zeit vertuscht. Über die Planung politisierender Generalität von 1925 bis zur Gegenwart: Von Seeckts Heeresführung bis zur Clausewitz-Gesellschaft heute.

Referent: Ulrich Sander, Journalist und Buchautor, Landessprecher der VVN-BdA

Veranstalter: Naturfreunde.

Ort: Gaststätte Kreuzhof, Essener Straße 10, Dortmund

Weitere Informationen bei: PF 321, 44383 Dortmund, vvn-bdanrw@freenet.de, 0202 45 06 29.

Eine Stellungnahme der VVN-BdA Aachen

Neonazis gedenken ihrer „Ahnen“ im KZ Buchenwald

Eine kleine Zwei-Zeilen-Meldung am Montag, 12. Mai 2003, gemacht, um sie zu übersehen und zu vergessen: Neonazis erhielten Hausverbot in der Gedenkstätte Buchenwald, weil sie einen Kranz auf dem Gelände des Speziallagers II niedergelegt hatten.

Der Hintergrund: Seit 1990 versucht die neue von der BRD installierte Gedenkstättenleitung den Charakter der Gedenkstätte zu verändern. Nicht mehr die Erinnerung an die 250.000 KZ-Insassen und die 56.000 Ermordeten sollen bestimmend sein. Vielmehr wird aus dem ehemaligen KZ Buchenwald eine Ikone des Totalitarismus geschaffen. ProfessorInnen und PolitikerInnen stellen sich in den Dienst der Gleichsetzung von Tätern und Opfern.

Sie erreichen ihr Ziel

- a) durch Diskriminierung der inhaftierten politischen Häftlinge. Diese werden den SS-Schergen gleichgesetzt („rote Kapos)
- b) die Selbstbefreiung des Lagers wird heruntergespielt bis zur völligen Ignoranz, politischer und militärischer Widerstand werden zu Randerscheinungen
- c) die Täter, die SS-Schergen, die Nazis, die Nutznießer, die Steigbügelhalter und Stichwortgeber: Sie alle verschwinden hinter einem indifferenten Opferbegriff.
- d) Den Tätern wird auf dem Gelände des KZ ein Stelendenkmal gesetzt.

Das Gedenken an die KZ-Insassen wird konterkariert durch eine Ausstellung, die sich ausdrücklich gegen die UdSSR richtet (Speziallager II) und eine, die sich ausdrücklich gegen die DDR richtet (Geschichte der Gedenkstätte). Der Geist des kalten Krieges der 50er Jahre weht seit 1990 über Buchenwald

Die Überlebenden des KZ haben mit ihren Verbänden gegen diese Umwidmung ihrer Gedenkstätte pro-

testiert. Sie haben schon ganz zu Anfang davor gewarnt, dass die neu geschaffenen Ehrenstätten für die Nazi-Täter zu Anziehungspunkten für Neonazis werden würden. Und tatsächlich war einer der ersten Skandale, dass die DVU einen Kranz an der Erinnerungsstätte für den Nazi-Oberbürgermeister der Stadt Weimar niederlegte. Der internationale Druck auf die Bundes- und Landesregierung war groß bis hin zu einer Entschließung des Europaparlaments, das sich die Gleichsetzung von Opfern und Tätern verbat. Jetzt wurden die Forschungen der Gedenkstätte intensiviert und sie fanden heraus, dass die Inhaftierten des „Speziallagers II“ nach 1945 zu 80 Prozent Funktionsträger der NSDAP gewesen waren. Das Denkmal für die Nazis wurde jetzt damit verteidigt, dass tatsächlich auch wenige Unschuldige z. B. nach Denunziation durch die örtliche Bevölkerung inhaftiert worden waren. Außerdem wurde behauptet, es seien ja keine führenden Nazis gewesen. Tatsächlich ist das ganze Spektrum von Nazi-Verbrechern nach 1945 in Buchenwald inhaftiert worden.

Unabhängig davon, dass für jeden Toten ein individuelles Trauern möglich sein muss, ist eine Heroisierung der Nazi-Täter als bemitleidenswerte Opfer unangebracht, erst Recht aber muss eine Denkmalsetzung auf dem Gelände des KZ abgelehnt werden.

Die Neonazis, die am Sonntag den 11. Mai 2003 auf dem von der Gedenkstätte dafür vorgesehenen Platz einen Kranz mit Schwarz-Weiss-Roter Schleife niederlegten, wussten für wen und wo sie es taten. Mit ihren Springerstiefeln marschierten sie über das Gelände, auf dem Tausende KZ Häftlingen bei jedem Wetter und schlecht bekleidet stundenlange Appelle ertragen mussten. Die Neonazis nahmen die Einladung der Gedenkstättenleitung an, ihrer „Ahnen“ zu gedenken.

Die Gedenkstättenleitung nahm die Naziprovokation zum Anlass, ih-

rer Hauptaufgabe nachzukommen: der Gleichsetzung von Tätern und Opfern des Faschismus. Die Polizei wurde gerufen, Platzverweise wurden ausgesprochen und Hausverbot erteilt. Politisch aber wurden die Neonazis in Schutz genommen. Der stellvertretende Direktor der Gedenkstätte, Rikola-Gunnar Lüttgenau, erklärte, die Neonazis hätten sich geirrt. Der Stelenwald stehe nicht für die „Ahnen“ der Neonazis, vielmehr seien hier „in der Regel nur Zivilisten“ begraben. Lüttgenau spekuliert darauf, dass nur wenige sich noch an die Auseinandersetzungen der letzten Jahre erinnern, nur wenige die wissenschaftlichen Untersuchungen der Gedenkstätte kennen und dass die Stimme der noch lebenden KZ-Häftlinge zu schwach ist, um den Propaganda-Apparat der Regierenden und ihrer Statthalter zu durchbrechen.

Während die Öffentlichkeit in trügerische Sicherheit gewiegt wird, die Polizei und die Politik habe alles im Griff, wurden auf die Gedenkstätte Buchenwald von Januar 1998 bis Sommer 2000 40 Übergriffe von Neonazis festgestellt (Dokumentation des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma an Bundesinnenminister Schily). Insgesamt zählt die Dokumentation seit 1990 110 solcher Nazi-Übergriffe auf Gedenkstätten auf. Buchenwald ist ein bevorzugtes Ziel der Neonazis. Sie wurden und werden immer wieder von der Gedenkstättenleitung eingeladen, auf dem Leiden der ermordeten 56.000 KZ-Insassen herumzutampeln.

Was können wir tun?

Der Desinformation der Medien die eigene Berichterstattung und Hintergrundschilderung entgegenzusetzen.

Den Druck auf die Gedenkstättenleitung aufrechterhalten, den Neonazis vor Ort entgegenzutreten und mindestens einmal im Jahr, am Tag des Gedenkens an die Selbstbefreiung des Lagers nach Buchenwald fahren und Solidarität mit den wenigen KZ-Überlebenden praktizieren.